

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Im Saal, bei Vorbestellung 1,80 RM. Ausländische Postgebühren sind einzeln zu zahlen. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckfehler nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckfehler nicht verantwortlich.



Anzeigenpreise laut anliegenden Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr 20 Pf. — Verlagsdirektor: Dr. G. H. Schmidt. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Jeder Abbestellende ist verpflichtet, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß, über den Zahlungseingang in Rechnung zu geben.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 275 — 93. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Tageblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Montag, den 26. November 1934

## Die Klammer um Deutschland.

Mit ungewöhnlicher Schnelligkeit und Bestimmtheit hat der amtliche Pariser Dementierapparat gegenüber der aufsehenerregenden Erklärung des Abgeordneten Archimbaum über das französisch-russische Militärabkommen gearbeitet. Es war auch nötig: die von dem Heresberichterstattung der Kammer ausgesprochenen Äußerungen haben in der ganzen politischen Welt gewirkt wie eine unerwartet hochgegangene Plattermine. Man kann sich vorstellen, daß Herr Archimbaum, der Held des Tages, für seine so un diplomatische Formulierung unmittelbar nach seinem Austritt unter vier Augen einen kräftigen Knips von Herrn Labal bekommen hat. Das geht uns nichts an. Um so mehr geht uns die Sache selbst an. Und da kann man zunächst feststellen, daß die „redigierte Fassung“ der Kriegspakterklärung in ihrem entscheidenden Satz *sa fin non est* nicht ist als die vor dem Heresauskunft gesprochenen Worte. „In der Erkenntnis, daß die Haltung Deutschlands den Frieden zu gefährden droht...“ so steht es jetzt in der offiziellen Übertragung des Stenogramms. Daß das eine Abschwächung gegenüber dem vorher Gesprochenen sein soll, kann niemand einsehen, um so weniger, wenn die folgenden Worte nicht nur die Tatsache militärischer Abmachungen, sondern auch die besondere Formung dieser Abmachungen für einen Konfliktfall mit Deutschland bekräftigen.

Wir wollen hier nicht die bekannten offiziellen deutschen Friedensserklärungen wieder aufzählen; wir haben das schon deshalb nicht nötig, weil nicht wir Deutschen es sind, die sich gegen den Vorwurf der kriegsbetreibenden Aufrüstung und der militärisch unterbauten Einkreisungspolitik zu verteidigen haben. Wir wollen auch nicht die zahlreichen Fälle aus der Nachkriegsgeschichte aufzählen, in denen Frankreich jedesmal, wenn es bei einem neuen Akt der Friedensförderung vor aller Welt bloßgestellt war, Deutschland als den Schuldigen und Böswilligen hinstellte, das in Jahrhunderte alte französische Tradition, die in der Politik alle Gesetze des Rechtes, der Moral und des Gewissens grundtätig ausschaltet. Es geht mit diesem französisch-russischen Abkommen genau so wie mit den durch Indiscretionen bekanntgewordenen Militärabkommen Frankreichs mit Polen, mit der kleinen Entente, mit Belgien und mit dem französisch-englischen Marineabkommen, das durch den Pariser Vertreter der amerikanischen Hearstpresse im September 1929 aufgedeckt wurde. Nach der Satzung des sogenannten Völkerbundes müssen alle zwischen Völkerbundsmitgliedern abgeschlossenen Verträge, Abkommen usw. in Genf in ihrem Wortlaut hinterlegt und registriert werden; da der „Völkerbund“ nichts anderes wie eine außenpolitische Faktorei des Quai d'Orsay ist, ist es Frankreich nicht im Traum eingefallen, solche Pakte der kriegerischen Einkreisung in Genf satzungsgemäß registrieren zu lassen, nicht etwa deshalb, weil man damals noch mit Deutschland am selben Ratsstisch saß, sondern weil man seine besten Trümmer für einen entscheidenden Schlag in der Hand behält.

Es ist hier ganz gleichgültig, ob es sich bei dem Sachverhalt, der den Ausplauderern des Herrn Archimbaum zugrunde liegt, um ein regelrechtes Militärabkommen mit allen Hilfsverpflichtungen oder um einen Teilpakt in Form eines militärischen Unstabkommens oder sonst was handelt. Das wäre Streit um Worte. Überdies läßt selbst die „redigierte Fassung“ für keinen Randian mehr einen Rest des Zweifels übrig. Sie ist deutsch genug. Sie würde in der Vorkriegszeit zum mindesten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wenn nicht mehr, bedeutet haben. Woju also noch dieses automatische „Dementi“, das in heutigen Zeiten niemand mehr als etwas anderes denn als Verschüttung ansieht und das sich zudem mit rein formalen Dingen befaßt. Nichts ist in der Politik törichter als Illusionen, halten wir uns also an die Tatsachen.

Und da muß man sich auch, so gern man die Rede des französischen Kriegsministers General Mauroin als Beweismittel für seine eigenen Landstulpe und als Entgegenkommen nach Deutschland hin nehmen möchte, aller wunschbestimmten Gefühle enthalten und bei der Wirklichkeit bleiben. Und die sieht eben so aus, daß General Mauroin in der gleichen Rede, in der er die Folgen der Archimbaudischen Explosion einzuschränken versucht, u. a. von den „risikolosen Verbindungen des französischen Militärattachés um die Annäherung zwischen den beiden Armeen“ gesprochen hat — das ist alles andere als eine Widerlegung jener Bündnisserklärung. Und der General hat es auch nicht für nötig gehalten, den von Archimbaum in der Kammer verteilten Abantastberichts über die Reichswehr als baren Unsinn zu bezeichnen, obwohl gerade der General und Kriegsminister genau weiß, daß Deutschland eine kriegsverwendungs-fähige Mannschaft von 5 1/2 Millionen Mann (1) höchstens auf dem Monde, aber nicht in seinen Grenzen hat.

Rein, diese Rede schafft die Pariser Mineurexplosion nicht aus der Welt. Das ist zweifellos auch die Ansicht

## Prager Deutsche Universität gestürmt.

Deutsche Studenten von den tschechischen Angreifern verlegt. Die rechtlich und geschichtlich völlig unbegründete Forderung der tschechischen Regierung nach Übergabe der Gründerurkunde und der Kleinodien der uralten Prager Deutschen Universität an die dortige tschechische Universität hat bereits zu schweren Zwischenfällen geführt. Wir erfahren darüber folgendes: Als die Weigerung der Prager Deutschen Universitätsbehörde, die Forderungen herauszugeben, bekannt wurde, sammelten sich die tschechischen Studenten und zogen vor die Deutsche Universität. Dort ist dann ein heftiger Straßenkampf zwischen den deutschen Studierenden und den tschechischen Angreifern ausgebrochen. Diese versuchten, die Gebäude der Deutschen Universität zu stürmen. Trotz der Abwehr der deutschen Studenten, die sich in der Minderzahl befanden, gelang es den Tschechen schließlich, in die Universität einzudringen. Nun ging der Kampf mit gesteigerter Heftigkeit im Inneren weiter. Tische und Stühle wurden demoliert, und die Kämpfenden schlugen mit Stuhlbeinen und Tischbretern aufeinander ein. Schon nach kurzer Zeit waren mehrere deutsche Studenten ziemlich schwer verletzt.

Eine empörende Rolle hat nach den bisherigen Meldungen die tschechische Polizei gespielt. Während der Abwehrkampf der deutschen Studierenden gegen die tschechischen Angreifer im Gange war, die noch durch Zugang aus der Volksmenge verstärkt wurden, rief einer der deutschen Professoren von einem Fenster des Universitätsgebäudes aus den tschechischen Polizisten zu, sie sollten sofort die Kämpfenden auseinanderbringen und die eingedrungenen tschechischen Studenten entfernen. Die tschechischen Polizeibeamten wägerten sich jedoch, obwohl sie hörten und sahen, was vorging. Sie erklärten, sie dürften erst auf ausdrückliche Anweisung der Behörde die Universität betreten.

Die Polizei hat sich dabei auf das alte Vorrecht der Universitäten berufen, daß nur die Universitätsbehörden selbst der Polizei die Genehmigung zum Betreten ihrer Gebäude geben können. Natürlich ist eine Verurteilung auf diese alte Klausel in einem schweren Fall sinnlos; außerdem hatte ja ein Mitglied des Lehrkörpers der Deutschen Universität die Polizei ausdrücklich zum Eingreifen aufgefordert. Man muß also annehmen, daß die tschechischen Polizisten nicht eingreifen wollten und lieber ihre Landstulpe diesen schweren Landfriedensbruch begehen ließen, als ihre Pflicht zu tun und die Deutschen gegen die tschechischen Angreifer in Schutz zu nehmen.

Wenn sich die Tschechoslowakei nicht außerhalb der Reihe der Kulturstaaten stellen und den deutschen Bevölkerungsanteil nicht für immer auf schwerer Verbitterung will.

dann muß sie diesen von ihr selbst heraufbeschworenen schweren Konflikt so aus der Welt schaffen, daß die Deutsche Universität und damit die deutsche Bevölkerung eine angemessene Genugtuung erbalten. Schon vor einer Reihe von Jahren wurde der Universität der Name „Karl-Universität“, den sie bei ihrer Gründung vor mehr als einem halben Jahrtausend erhalten hatte, entzogen und der tschechischen Universität gegeben — eine geschichtliche Unmöglichkeit, die zudem ein schweres Unrecht gegenüber der Deutschen Universität war. Die Tschechei hat allen Anlaß, dieser uralten Kulturstätte deutschen Geistes dankbar zu sein und sich immer wieder daran zu erinnern, daß von den rund 15 Millionen tschechischen Staatsbürgern nicht weniger als 3 1/2 Millionen Deutsche sind.

Die deutschefeindlichen Ausschreitungen hielten auch während des ganzen Sonntags weiter an. Sie nahmen am Nachmittag einen größeren Umfang an, als sich an mehreren Plätzen der inneren Stadt erst Hunderte, bald aber Tausende von tschechischen Faschisten zusammensanden, um gegen alles Deutsche zu demonstrieren.

In starken Trupps zogen die Manifestanten gleichzeitig gegen das Deutsche Haus, das Deutsche Theater, gegen deutsche Kaffeehäuser, gegen die Universität und die Urania, wo sie ungehindert längere Zeit hindurch haßerfüllte Kundgebungen veranstalteten. Erst nach Einbruch der Dunkelheit, als die Lage gefährlich zu werden begann, schritt die Polizei ein. Die Beamten wurden jedoch immer wieder durch Spottlieder verhöhnt, auch wiederholt durch Steinwürfe tödlich angegriffen. Den Höhepunkt erreichten die Ausschreitungen gegen acht Uhr abends auf dem Graben, wo zahlreiche Schaufensterscheiben großer Warenhäuser zertrümmert wurden, deren Besitzer als Deutsche oder Juden bekannt sind. Aus der Menschenmenge wurden immer von neuem Schmährufe laut wie „Nieder mit den Deutschen!“, „Schlaagt sie tot!“, „Heraus mit den Insignien!“, „Hinterweg mit den Entigranten!“

Von deutscher Seite wurde ein am Sonntagabend herausgegebener Erlaß des Prager Polizeipräsidenten mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, da durch ihn die tschechische Seite zu einem rückwärts losen Vorgehen gegen die Unhehler aufgefordert werden. Die Wirkung dieser Anordnung zeigte sich noch in der Nacht dadurch, daß sehr viele Verhaftungen vorgenommen wurden. Die bürgerliche Prager Presse beurteilt zum größten Teil die ungeheuerlichen Ausschreitungen der tschechischen Studenten.

## Des Führers Friedenswille.

Eine Unterredung mit dem französischen Frontkämpferführer.

Die französische Presse beschäftigt sich nach wie vor mit einer Unterredung, die der Führer und Reichskanzler vor einiger Zeit dem Führer der französischen Nationalen Vereinigung ehemaliger Frontkämpfer, Gohy, gewährt hat, wobei die französischen Zeitungen sich zum Teil in überwollenden Bemerkungen und geistlichen Mißdeutungen ergaben. Zur Klarstellung und objektiven Würdigung der Ausführungen des Führers über die deutsch-französischen Beziehungen wird jetzt vom DWA mitgeteilt, daß der Führer nach den Mitteilungen des Herrn Gohy u. a. folgendes erklärt hat:

„Zwischen unseren beiden Völkern darf es keine Mißverständnisse geben. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten gehen vom Saarproblem aus. Die französische Presse schien die Annahme aufkommen zu lassen, daß wir Deutschen einen Putsch vorbereiteten. Es ist reine Torheit, zu glauben, daß Deutschland durch Gewaltanwendung die kommende Volksbefreiung zu führen

suchen will. Ich erkläre formell, daß mir und vor dem Ergebnis der Volksabstimmung, gleichviel, wie sie ausfällt, beugen werden.“

Als das Gespräch dann auf die Verträge übergriffen habe, habe der Führer lebhaft von den moralischen Ehrenerforderungen des deutschen Volkes gesprochen und hinzugefügt: „Es kann von einer Verletzung eines Grenzpfahles nicht die Rede sein. Sie kennen meine Auffassung hinsichtlich Elsaß-Lothringens. Ich habe ein für allemal erklärt, daß es keine Lösung wäre, alle zwanzig oder dreißig Jahre Krieg zu führen, um Provinzen wieder zu nehmen, die Frankreich stets Schwierigkeiten verursachten, wenn sie französisch waren, und Deutschland, wenn sie deutsch waren. Hier denkt das heutige Deutschland nicht so wie das frühere Deutschland. Wir denken nicht an zu eroberte Quadratkilometer von Gebiet. Wir haben die Sicherung des Lebens unseres Volkes im Auge. Worauf es jetzt ankommt, ist, zu arbeiten, um eine neue soziale Ordnung herzustellen.“

Man wird andeuten können, ich suchte nur Zeit zu gewinnen, um meine Vorbereitungen zu vollenden. Darauf antwortete ich, daß mein Arbeitsplan derartig ist, daß der Mann, der das Ziel wird erreichen können, das ich mir gestellt habe, von der Dankbarkeit seines Volkes ein viel größeres Denkmal verdienen wird als dasjenige, das ein ruhmreicher Führer nach zahlreichen Siegen verdienen konnte.

Wenn Frankreich und Deutschland sich verständigen, so wird eine große Anzahl von Nachbarn einen Zeufzer der Enttäuschung ausstoßen, und ein Alpdruck würde verschwinden.

in London, sonst würde man nicht in den dortigen großen Blättern Überschriften lesen wie „Rußland marschiert mit Frankreich“ oder „Amtliche Entbillungen aus Paris gegen Deutschland“. Zur selben Stunde aber, als diese unheilswäugere Debatte in der Pariser Kammer war, sprach in Berlin Reichsminister Dr. Goebbels wieder von Deutschlands Verhandlungsbereitschaft — hier die offene Hand, drücken Kanonen und Kriegsbündnisse.

W. U. M.